

Heftige Kritik an neuer Variante der Südumfahrung

Der Regierungsrat will mit einer Tangente Allschwil und Aesch miteinander verbinden und so Verkehrsprobleme lösen. Dass der Vorschlag wieder kommt, passt nicht allen. Die Südumfahrung sei nicht tauglich, die Verkehrsprobleme zu lösen, sagen Kritiker.

Der Streit um die Südumfahrung Basels findet kein Ende: Am Dienstag hat die Baselbieter Regierung die Vernehmlassung zum Elba-Prozess (Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil) eröffnet (bz berichtete). Eine der dort genannten Varianten beinhaltet eine Trasse für die «äussere Tangente». Mit dieser Tangente möchte der Regierungsrat Allschwil und Aesch, die «wichtigen Wirtschaftsräume», wie er sie nennt, miteinander verbinden und die Verkehrsprobleme lösen. Das Projekt ist fast identisch mit der in den 60ern geplanten Südumfahrung.

Dass diese wieder aufs Tapet kommt, passt nicht allen: «Die Südumfahrung ist nicht tauglich, die Verkehrsprobleme zu lösen», sagt Thomas Tschopp, der Geschäftsführer der IG Südumfahrung Nein. Auch die Bevölkerung und Fachleute würden für das Projekt kein Verständnis zeigen. Ausserdem sei laut Tschopp seit vier Jahren nie mehr die Rede von der Umfahrung im Elba-Prozess gewesen. Er hat den Eindruck, dass die Wiederaufnahme des Prozesses «rein politischen Ursprungs» ist.

Wird das Projekt angenommen, würde eine zusätzliche, autobahnähnliche Schnellstrasse durch das noch grüne, idyllische Erholungsgebiet führen und Natur, Landschaft und Ruhe zerstören. «Und dies ohne jeglichen Nutzen», wie die IG Südumfahrung Nein auf ihrer Internetseite klagt. Die IG hat sich am Verlauf dieser Planung beteiligt und sich eingesetzt. Sechs Fachbüros bezeichnen die Umfahrung im Elba-Prozess als nicht zielführend und haben die IG Südumfahrung Nein in ihrer Haltung bestärkt. Zudem hat der Landrat den Richtplan ohne die Umfahrung akzeptiert. Auch deshalb keine Überraschung, dass sich der Verein vor den Kopf gestossen fühlt. «Der Regierungsrat musste in allerletzter Minute das Anliegen über die Südumfahrung eingebracht haben», glaubt Tschopp.

In der Medienmitteilung schreibt die IG, dass sie die «Äussere Tangente» vehement ablehne. «Wir sind überrascht und enttäuscht über die Aktion des Baselbieter Regierungsrats und werden uns in der Vernehmlassung dahingehend äussern», beteuert Tschopp.

Als Erstes wird der Vorstand der IG die Vernehmlassungsunterlagen ausführlich studieren. Die Kritik an der Umfahrung muss die IG bis spätestens am 2. Juni 2014 eingereicht haben.

Die Gegner der Südumfahrung befürchten, dass das Prozedere mit diesem Entscheid wieder bei null beginnt. Immerhin dauert der Kampf gegen den Bau der Umfahrungsstrasse schon fast zehn Jahre.

Ob der ewige Kampf in die Endrunde geht oder nicht, liegt alleine in den Händen des Landrats. Bis zu seinem Entscheid heisst es Abwarten und Tee trinken. (gau)

(bz Basel)